

Münchener Merkur

Montag, 24. März 1997

Geburtstagskind macht Sorgen

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wird 40 – Beifall und Zorn begleiten, 'Wiegenfest'

Von Michael G. Möhnle*

München – Zorn, Gelächter, Staunen, Schimpfen, Beifall, Kopfschütteln – gemischte Gefühle begleiten morgen den 40. Geburtstag der Römischen Verträge zur Gründung der EWG, das Vorläufermodell des Maastricht-Vertrages. Die damaligen Chefs der sechs Gründerstaaten und die sagenumwobenen Gründerväter der europäischen Einigung à la Adenauer, Schuman, Monnet, de Gasperi, Churchill, Spaak, Briand, Stresemann oder Coudenhove-Kalergi – was würden sie wohl zur heutigen Europäischen Union sagen?

Langanhaltenden Beifall würden sie spenden für die längste Friedensperiode, die es je unter europäischen Mächten gab. Nahezu zwei Generationen haben einen europäischen Staatenbund, ein Friedensmodell geschaffen, das heute auf allen Kontinenten der Welt Nachahmung findet.

Staunen würden sie über Kraft und Größe ihres Sprößlings: in vier Jahrzehnten wuchs er von 6 auf 15 Mitgliedstaaten, von 190 auf 370 Millionen Einwohner, erfaßt 30 Prozent der Weltwirtschaftsleistung und wickelt 40 Prozent des Welthandels ab – Tendenz steigend. Die Ost-Erweiterung steht auf der Tagesordnung: Beitrittsanträge zehn europäischer Staaten, vom Baltikum bis zum Balkan, mit über 100 Millionen Menschen liegen auf dem Tisch.

Sprachlos wären sie über Wachstum und Wildwuchs der EU-Institutionen: 626 Abgeordnete (1958 waren es 142) im Europäischen Parlament, der Rat der Europäischen Union (Ministerrat) mit seinem Generalsekretariat und dem Ausschuß der Ständigen Vertreter, 20 Kommissare mit 26 General-



Zwei Gründerväter der EWG: Bundeskanzler Adenauer (re.) und Frankreichs Staatspräsident de Gaulle. Foto: Archiv

direktionen in der Europäischen Kommission, Gerichtshof, Rechnungshof und Investitionsbank, das Europäische Währungsinstitut, 222 Mitglieder im beratenden Ausschuß der Regionen, 222 Mitglieder im mitberatenden Wirtschafts- und Sozialausschuß –, um nur die Wichtigsten zu nennen.

Nur noch den Kopf schütteln könnten die ehrwürdigen Väter Europas über die Zunahme nationaler Egoismen, ordinärer Erpressungsversuche: allen voran Großbritannien bei der letzten EU-Erweiterung oder im BSE-Skandal, aber auch Italien im Milchquotenskandal und Griechenland bei der Zollunion mit der Türkei.

Zornrot wären die Mienen von de Gaulle, Churchill oder Adenauer, müßten sie mitverfolgen, wie machtlos und handlungsunfähig die Europäische Union im Kon-

fliktfall ist: im ehemaligen Jugoslawien, in Bosnien-Herzegowina, Tschetschenien oder Albanien.

Empörung würde sich breit machen, wüßten die Gründerväter, wie schlecht es um die „Demokratie“ in Europa bestellt ist: 3/4 der Unionsbürger glauben, ihr demokratischer Einfluß auf EU-Entscheidungen ist unzureichend. Zwar sagen nur 15 Prozent definitiv: die EU ist eine schlechte Sache! Aber mehr als 1/3 haben kein Vertrauen ins Europäische Parlament oder in die Europäische Kommission.

Aufatmen würden de Gaulle, Churchill, Adenauer und andere, wenn sie wüßten: 2/3 der Unionsbürger sind heute der Meinung, nationale und europäische Identität sind miteinander vereinbar! Fast die Hälfte ist sogar der Ansicht: die Europäische Union ist eher

Schutz statt Bedrohung für die nationale Identität.

Die Bürger Europas haben heute bereits eine klare Vorstellung darüber, wer was in der EU tun soll: Europa soll sich um die Bereiche Drogenbekämpfung und Kriminalität, Entwicklungshilfe, Außen- und Handelspolitik, Forschung und Umweltschutz, Währung und Wettbewerb, Einwanderung und Asyl kümmern.

Die Nationen sollen in den Bereichen Kultur und Bildung, Gesundheit und Soziales, Presse, Rundfunk und Fernsehen entscheiden. Knappe Mehrheiten, die auf ein sowohl als auch hindeuten, gibt es bei Verteidigung, Steuern, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Die Reformer des Maastricht-Vertrages sollten unter Berücksichtigung dieser Bürger-Meinung: die politischen Kompetenzen klar zuordnen, die vielen Entscheidungswege vereinfachen und beschleunigen, nationale Erpressungen ausschließen, institutionellen Wildwuchs – wie den Wirtschafts- und Sozialausschuß – beseitigen, dafür die Kommission und den Ausschuß der Regionen stärken, kurz – Europa politisch wieder handlungsfähig machen, bevor noch mehr Staaten beitreten. Ob dies alles in einem Reformsprung gelingt, ist nicht sicher.

Sicher ist aber eines: wer in Anbetracht globaler Herausforderungen heute noch den Nationalstaat als alleinigmachende Ordnungsmacht predigt, erntet das große Gelächter der europäischen Gründungsväter. Sie wüßten: die Nation kann nur überleben, wenn sie bereit ist, Teile ihrer Souveränität europäisch gemeinsam auszuüben.

Michael G. Möhnle, Journalist, ehem. Pressesprecher in der EVP-Fraktion (Christdemokraten) des Europäischen Parlaments